

lend ist die unterschiedliche Situation in den Ländern. Während im Osten die Zuwanderung noch sehr gering ist, geraten einige westliche Bundesländer bei der Unterbringung der jungen Menschen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Deshalb ringen Bund, Länder und Kommunen derzeit um eine zielgerichtete Steuerung. Wichtig ist aus Sicht der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Landesjugendämter eine bundesweit gleichmäßige qualitative Ausgestaltung der Flüchtlingsbetreuung in den Kommunen, wozu sie mit ihren im Mai 2014 veröffentlichten Empfehlungen einen wichtigen Beitrag geleistet hat. Die BAG Landesjugendämter macht in ihrer Erklärung deutlich, dass es Aufgabe der Jugendhilfe ist, die konzeptionellen Voraussetzungen für eine optimale Integration zu schaffen und dazu beizutragen, erfolgreiche biographische Entwicklungen für die Zielgruppe zu ermöglichen. Die BAG hat dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erste Ideen zur Entwicklung einer kommunalen Strategie zur Integration junger Einwanderer unterbreitet. Hierbei geht es insbesondere darum, positive Integrationsbeispiele zu entwickeln und zur Nachahmung aufzubereiten. Die Erklärung steht im Internet unter der URL https://www.jugendhilfeportal.de/fileadmin/public/Artikelbilder/BAG-Landesjugendaemter_Erklärung_UMF.pdf zum Download. *Quelle: Pressemitteilung der BAG Landesjugendämter vom 4.12.2014*

Projekte für Straßenkinder. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert in den Jahren 2015 und 2016 vier Modellprojekte für Straßenkinder mit insgesamt 400 000 Euro. Nach Angaben der Regierung leben in Deutschland schätzungsweise zwischen 2 000 und 9 000 Straßenkinder. Da hierzulande keine Statistik über die Zahl der wohnungslosen Menschen geführt werde, existiere auch keine valide Angabe über die Zahl von dauerhaft obdachlosen Kindern und Jugendlichen. Die Straßenkinder stammten überwiegend aus Familien in schwierigen Lebenslagen, die sie häufig wegen Vernachlässigung, Misshandlungen oder Missbrauch verlassen würden. *Quelle: hib vom 26.11.2014*

AUSBILDUNG UND BERUF

Berufsbegleitendes Masterstudium Sozialinformatik. Die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt bietet zum Wintersemester 2015 wieder den berufsbegleitenden Studiengang Sozialinformatik an. Angesprochen sind Absolventinnen und Absolventen eines Hochschulstudiums wie beispielsweise Soziale Arbeit, Betriebswirtschaftslehre oder Informatik, die eine mindestens einjährige qualifizierte Berufstätigkeit nachweisen können. Das Studium besteht aus elf dreitägigen Präsenzblöcken und E-Learning-Elementen. Für die Beantwortung individueller Fragen findet am 20.3.2015 ein Infotag in der Ostenstraße 14 in Eichstätt statt. Bewerbungen werden

23.-24.2.2015 Berlin. Fachtagung: Jugendamt, Jobcenter und Arbeitsagentur: gemeinsames Potenzial für die soziale und berufliche Integration junger Menschen. Information: Akademie des Deutschen Vereins – Veranstaltungsmanagement, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/62 98 06 06, E-Mail: kontakt@deutscher-verein.de

26.-28.2.2015 Halle. 18. Symposium Frühförderung 2015. Information: Vereinigung für Interdisziplinäre Frühförderung e.V., Bundesgeschäftsstelle, Seidlstraße 18a, 80335 München, Tel.: 089/54 58 98-27, E-Mail: geschaeftsstelle@fruehfoerderung-viff.de

5.-6.3.2015 Berlin. Nutzerworkshop Deutscher Alterssurvey (DEAS). Information: Constanze Lejeune, Deutsches Zentrum für Altersfragen, Manfred-von-Richtofen-Straße 2, 12101 Berlin, Tel.: 030/26 07 40-91, E-Mail: constanze.lejeune@dza.de

5.-6.3.2015 Berlin. Kongress Armut und Gesundheit: Gesundheit gemeinsam verantworten. Information: Gesundheit Berlin-Brandenburg, Friedrichstraße 231, 10969 Berlin, Tel.: 030/44 31 90 73, E-Mail: kongress@gesundheitbb.de, Internet: www.armut-und-gesundheit.de

12.-14.3.2015 Berlin. Deutscher Pflorgetag: Pflege stärken mit starken Partnern. Information: Deutscher Pflorgetag e.V., Alt-Moabit 91, 10559 Berlin, Tel.: 05 11/85 50-24 72, E-Mail: info@deutscher-pflorgetag.de

16.-18.3.2015 Augsburg. 24. Rehabilitationswissenschaftliches Kolloquium der Deutschen Rentenversicherung und der Deutschen Gesellschaft für Rehabilitationswissenschaften: Psychische Störungen – Herausforderungen für Prävention und Rehabilitation. Information: Tagungssekretariat der Deutschen Rentenversicherung Bund, Bereich 0420, 10704 Berlin, Tel.: 030/86 53 93 36, E-Mail: kolloquium@drvbund.de

18.-20.3.2015 Erfurt. Familienrat: Innovatives Verfahren in der Arbeit mit Familien – zwischen Kinderschutz, Jugendhilfe und Konfliktlösung. Information: Akademie des Deutschen Vereins – Veranstaltungsmanagement, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/62 98 06 06, E-Mail: kontakt@deutscher-verein.de

19.3.2015 Luzern. Luzerner Fachtagung zum Sozialhilferecht. Information: Hochschule Luzern Soziale Arbeit, Frau Jlanit Schumacher, Werftstrasse 1, Postfach 2945, CH-6002 Luzern, Tel.: 00 41/413 67 48 48, E-Mail: jlanit.schumacher@hslu.ch

20.3.2015 Berlin. Symposium: Care for Chronic Condition: Leben mit chronischer Krankheit gestalten. Internationale Ansätze zur Versorgung chronisch und mehrfach erkrankter Menschen. Information: g-plus – Zentrum im internationalen Gesundheitswesen, Alfred-Herrhausen-Straße 50, 58448 Witten, Tel.: 023 02/92 63 90, E-Mail: g-plus@uni-wh.de